

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes und vor allem gesundes neues Jahr.

Ein turbulentes Jahr mit Höhen und Tiefen liegt hinter uns. Für die kommenden Monate wünsche ich uns allen daher noch einmal viel Kraft und Durchhaltevermögen, so dass wir möglichst bald wieder zu einem geselligen Miteinander zurückkehren können. Denn es sind vor allem die Begegnungen mit den Menschen, die ich nicht nur privat, sondern insbesondere auch im Rahmen meiner politischen Arbeit sehr vermisse. Lassen Sie uns optimistisch nach vorne blicken und zusammenhalten!



Das politische Jahr begann gleich mit drei Staffelstab-Übergaben: Deutschland hat zum Jahreswechsel die EU-Ratspräsidentschaft an Portugal weitergereicht, Armin Laschet folgt als neu gewählter CDU-Parteivorsitzender auf Annegret Kramp-Karrenbauer und Joe Biden wurde am 20. Januar als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika feierlich ins Amt eingeführt.

Ich gratuliere nicht nur den Dreien herzlich, sondern allen, die in diesem Jahr neue Ämter und Aufgaben übernehmen. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten ist es wichtiger denn je Verantwortung zu übernehmen und sich für die Gemeinschaft einzusetzen.

Auch im neuen Jahr will ich Sie wieder mit interessanten Neuigkeiten aus Brüssel und meiner Heimat informieren und wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

US-Sanktionen auf europäische Agrarprodukte sind für den Agrarsektor der EU fatal

„Es ist inakzeptabel, dass die Agrarbranche in den Streit zwischen EU und USA zu Airbus und Boeing hineingezogen wurde. Zuletzt hat die USA wieder neue Zölle auf Agrarprodukte eingeführt. Die Amtsübernahme von Joe Biden lässt auf eine Verhandlungslösung hoffen.“

Klicken Sie hier für [mehr](#).

EU-Impfstrategie

Zuletzt wurde viel über die Rolle der EU beim Impfstoff-Kauf debattiert. Für CDU und CSU war es richtig, gemeinsam auf europäischer Ebene Impfstoff zu kaufen. Die EU konnte mit den Impfstoffherstellern besser verhandeln, als es die einzelnen Mitgliedstaaten allein gekonnt hätten. Und die EU-Kommission hat geliefert: Sie hat genug Impfstoff für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa gesichert, allein 760 Millionen Impfdosen der bereits zugelassenen Impfstoffe von BioNTech/Pfizer und Moderna. Dazu kommen Verträge mit AstraZeneca, Johnson & Johnson, CureVac und Sanofi-GSK. AstraZeneca hat bereits die Zulassung in der EU beantragt, für Johnson & Johnson wird dies für Februar erwartet.

Es war ebenso richtig, nicht nur auf "ein Pferd" zu setzen und Verträge mit einer Mischung aus jungen Unternehmen und etablierten Pharmaherstellern mit unterschiedlichen Produktionstechnologien abzuschließen. Im Sommer 2020 konnte noch niemand vorhersehen, welcher Impfstoff der vielversprechendste und zuerst verfügbar sein würde, oder ob überhaupt!

Nach und nach wird jeder Europäer geimpft werden können. Der derzeitige Impf-Engpass liegt nicht am gemeinsamen Vorgehen der EU, sondern an den noch mangelnden Produktionskapazitäten bei gleichzeitiger enormer globaler Nachfrage. Es ist deshalb gut, dass bald ein weiteres BioNTech-Werk in Marburg die Produktion aufnehmen soll und auch die weiteren Hersteller die Produktion systematisch ausbauen.

Wie viele Impfungen gegen das Coronavirus sind in Deutschland bereits erfolgt? Welche Prioritäten gibt es? Und wie weit ist der Fortschritt in den verschiedenen Zielgruppen? Antworten auf diese Fragen bietet das neue [Impf-Dashboard](#).

Aktuelle politische Lage in den USA

Am Tag der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten stellt Europa die Weichen für einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen. In einer Generaldebatte im Europaparlament äußerten sich zahlreiche EU-Abgeordnete sowie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als auch EU-Ratspräsident Charles Michel erleichtert über den Amtsbeginn Joe Bidens. Die EU-Spitzen machten deutlich, dass die Beziehungen unter Donald Trump sehr gelitten hätten. Der Abgang Trumps eröffne die Chance, den Multilateralismus neu zu beleben. Dazu gehöre auch, Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik entscheidungs- und handlungsfähig zu machen. Nur dann kann die EU gegenüber den USA glaubwürdig als Partner auf Augenhöhe entgentreten.

Das Parlament wertete den Sturm auf das Kapitol Anfang Januar als gewaltsamen Angriff auf das Herz der amerikanischen Demokratie. Die Abgeordneten warnten vor ähnlichen Angriffen auf die Demokratie in Europa und forderten mehr Wachsamkeit sowie eine stärkere Kontrolle von Internetkonzernen, um der Verbreitung von Fake News und Hassbotschaften entgegenzutreten. Die Sperrung Trumps auf Twitter und Facebook müsse ein Wendepunkt im Verantwortungsbewusstsein der sozialen Medien sein.

Finden Sie [hier](#) weitere Stimmen aus dem Parlament zum neuen US-Präsidenten.

Mein Lesetipp zum Thema: [Sturm auf die Parlamente](#), eine Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Durchsetzung internationaler Handelsregeln

Diese Woche hat das Europaparlament grünes Licht für die überarbeitete EU-Verordnung zur Durchsetzung internationaler Handelsregeln gegeben. Mit diesen neuen Handelsregeln kann die Europäische Union Gegenmaßnahmen gegen diejenigen ergreifen, die globale Handelsregeln verletzen. Die Europäische Union stärkt damit ihre handelspolitische Resilienz und kann unsere Interessen besser durchzusetzen und schützen.

Dieser Schritt wurde notwendig, da der Streitbeilegungsmechanismus der Welthandelsorganisation (WTO) durch eine Blockade einzelner Staaten nicht mehr funktioniert. Dessen Aufgabe wäre normalerweise dafür zu sorgen, dass im Welthandel alle den gemeinsam vereinbarten multilateralen Regeln folgen. Die Europäische Union ist dagegen nun besser gewappnet und kann heimische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb schützen. Das Europaparlament hat dabei durchgesetzt, dass auch der Handel mit Dienstleistungen oder geistigem Eigentum von der Verordnung erfasst sind. Für CDU und CSU ist dies jedoch nur ein erster Schritt zur Verbesserung der handelspolitischen Schutzinstrumente der Europäischen Union.

Transeuropäisches Verkehrsnetz

Das Europaparlament hat die EU-Kommission aufgefordert, die Verkehrsinfrastruktur in Europa schneller zukunftsfit zu machen. Am Mittwoch, 20. Januar 2021, stimmten wir über die Reform der sogenannten Leitlinien für die transeuropäischen Verkehrsnetze ab. Konkret geht es dabei um den rechtlichen Rahmen für Großprojekte, für welche die Mitgliedstaaten Förderung durch die EU beantragen können. Die Abgeordneten drängten darauf, den europaweiten Ausbau von Eisenbahnstrecken, Straßen, Binnenwasserstraßen, Seeschiffahrtswegen, Häfen, Flughäfen und Bahnstationen zu beschleunigen. Nur wenn die Verkehrswege des Binnenmarktes reibungslosen Transport von Gütern und Personen ermöglichten, könne Europa seine Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen.

Für CDU/CSU ist dabei klar: Emissionen aus dem Verkehrssektor können nur reduziert werden, wenn auch die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt wird. Gleichzeitig muss Mobilität erschwinglich bleiben. Wir fordern daher einen verstärkten Infrastrukturausbau bei allen Verkehrsträgern, eine angemessene Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, klimaresistente Wasserstraßen, umfassende Eisenbahnsysteme und einen stärkeren Fokus auf Multimodalität. Forschung und Entwicklung zu innovativen Mobilitätslösungen wie die Magnetschwebbahntechnologie müssen gefördert werden.

Die EU-Kommission plant, im 3. Quartal dieses Jahres ihren legislativen Vorschlag zur Überarbeitung der TEN-V Leitlinien vorzulegen.

Meine Stimmerklärung zum Thema finden Sie [hier](#).

Bewertung der Aktivitäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im vergangenen Jahr

Dazu erklärt David McAllister (CDU), Berichterstatter und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses:

„Die Welt um uns herum wird zunehmend instabiler mit Auswirkungen an den östlichen und südlichen Grenzen des europäischen Kontinents. Mit dem Jahresbericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bekräftigt das Europäische Parlament die Forderung, das außenpolitische Handeln der EU souveräner und unabhängiger zu machen. Hier gibt es ein großes ungenutztes Potenzial.

Die COVID-19-Pandemie ist auch ein Weckruf für eine stärkere, einheitlichere und durchsetzungsfähigere Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU sollte weiterhin ein zuverlässiger "partner of choice" in einer sich wandelnden geopolitischen Ordnung sein.

Wenn wir ein ernstzunehmender globaler Akteur sein wollen, müssen neue Ambitionen und ein stärkerer politischer Wille formuliert werden. Die Entscheidungsfindung in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik ist häufig zu langsam oder ineffektiv. In ausgewählten Fragen sollte von dem Prinzip der Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen übergegangen werden, beispielsweise bei Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen.

Mittel- bis langfristig geht es darum, die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln mit der Perspektive einer vollwertigen Verteidigungsunion. Es müssen aktiv Fähigkeiten aufgebaut werden, um eine Krisensituation objektiv zu beurteilen, unabhängig Entscheidungen zu treffen und eigenständig zu handeln.

Es gilt, unsere europäischen Werte und Interessen zu verteidigen und global Verantwortung zu übernehmen, um weltweit einen Beitrag für Frieden und Stabilität zu leisten.“

Umsetzung und Übergabeverfahren im Rahmen des europäischen Haftbefehls

Hierzu erklärt Lena Düpont (CDU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Der Europäische Haftbefehl ist seit 2004 ein Eckpfeiler der justiziellen Zusammenarbeit in der EU und eine klare Erfolgsgeschichte, die auf gegenseitiger Anerkennung im Bereich des EU-Strafrechts beruht.

Nichtsdestotrotz müssen wir den europäischen Haftbefehl weiter stärken. Dafür müssen wir die Anwendungs- und Durchführungsregeln verbessern und modernisieren. Offene Grenzen sowie neue Technologien erfordern für die Verfolgung schwerer grenzüberschreitender Straftaten wirksame Instrumente für Polizei und Justiz. Aus diesem Grund müssen Straftaten aus den Bereichen Cyberkriminalität und Steuerhinterziehung dringend unter den Anwendungsbereich des Europäischen Haftbefehls fallen. Dies sollte auch für Umweltstraftaten, Hassverbrechen und sexuellen Missbrauch gelten.

Für uns ist klar: Der europäische Haftbefehl muss auf schwere Straftaten beschränkt werden. Er darf nicht für geringfügige Straftaten missbraucht werden, d.h. wenn es keine Gründe für eine Untersuchungshaft gibt. Mittel- und langfristig braucht die EU eine stärkere Harmonisierung des Strafrechts der Mitgliedstaaten.“

Hintergrund:

Der Europäische Haftbefehl ist ein vereinfachtes grenzüberschreitendes gerichtliches Übergabeverfahren zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder eines Haftbefehls. Ein Haftbefehl, der von der Justizbehörde eines EU-Landes ausgestellt wurde, ist im gesamten Gebiet der EU gültig. Er ist ein weit verbreitetes Instrument für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der EU.

Mein Mittelfranken

Mein Herz schlägt für die KUNST

Wer mich kennt, der weiß um meine Begeisterung für die Kunst. Vor allem schlägt mein Herz für die vielfältige Kunst- und Kreativszene aus meiner Heimat. So oft es geht, besuche ich Ausstellungen und Ateliers. Vergangenen Sommer durfte ich bei zwei Künstlerinnen aus dem Landkreis Roth zu Gast sein.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#).

Herzensangelegenheiten

Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch!

Die Zahlen sind alarmierend: Zwischen 10 und 20 Prozent aller Kinder in Europa werden während ihrer Kindheit Opfer sexueller Übergriffe. Auch die gemeldeten Fälle von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet steigen. Wie können wir Kinder besser schützen? Wie können Missbrauchs-Netzwerke grenzüberschreitend effektiver bekämpft werden und Täter schneller überführt und bestraft werden?

Die wichtigsten Forderungen der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion zum Schutz vor Missbrauch sind:

- Prävention: Informationskampagnen, Resilienztrainings in den Schulen
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit koordinieren und verbessern
- Stärkung des Mandats von Europol
- Bessere Ausstattung der Ermittlungsbehörden
- Freiwillige Zusammenarbeit zwischen Plattformen und Providern weiterhin ermöglichen
- Täter mit Freiheitsentzug bestrafen (mind. 1 Jahr)
- Umsetzung bestehender EU-Richtlinien und Verordnungen

Gemeinsam mit der Frauen Union findet am 27. Januar eine Online-Veranstaltung zu „Null Toleranz gegen Kindesmissbrauch“ statt.

Melden Sie sich an unter: info@cdu.csu.eu

Internationale Grüne Woche: Forderung nach Verbesserungen beim Tierwohl

Mit meinen Kollegen aus dem Bayerischen Landtag und dem Deutschen Bundestag, Martin Schöffel MdL und Arthur Auernhammer MdB, setze ich mich für eine Verbesserung beim Tierwohl, bei gleichzeitiger Unterstützung unserer heimischen Landwirtschaft, ein.

Lesen Sie unsere gemeinsame Presseerklärung [hier](#).

Lesenswert

2021: Weniger Steuern, mehr Geld für alle!

Zum Jahreswechsel ist eine Vielzahl steuerlicher Maßnahmen in Kraft getreten. Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass alle Steuerpflichtigen in 2021 spürbar entlastet werden. Dazu zählen insbesondere Familien, Ehrenamtliche, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung.

[Hier](#) ein Überblick.

Angela Merkel: „Wir alle zusammen“.

Die Neujahrsansprache unserer Bundeskanzlerin können Sie [hier](#) noch einmal ansehen.

RTL/ntv-Trendbarometer: Söder weiter Favorit als Kanzlerkandidat

Viel Zustimmung für neuen CDU-Vorsitzenden

Nach der Wahl von Armin Laschet zum neuen CDU-Vorsitzenden hat forsa in einer aktuellen Blitz-Umfrage über 2.000 Wahlberechtigte nach ihrer Bewertung gefragt. 41 Prozent halten Laschet für eine gute Wahl. 18 Prozent hätten lieber Friedrich Merz, 17 Prozent Norbert Röttgen als neuen Chef der Christdemokraten gesehen. 57 Prozent der CDU-Anhänger und 43 Prozent der CSU-Anhänger begrüßen die Entscheidung für Laschet. 46 Prozent der FDP- und 54 Prozent der AfD-Anhänger hingegen hätten lieber Friedrich Merz an der Spitze der CDU gesehen.

Als wichtiges Argument wurde vor der Wahl die Integrationsfähigkeit des künftigen CDU-Vorsitzenden genannt. 56 Prozent der Wahlberechtigten sind überzeugt, dass Armin Laschet „die verschiedenen Lager in der CDU zusammenhalten und zusammenführen“ kann. In Nordrhein-Westfalen glauben das zwei Drittel der Wahlberechtigten (65%), von den CSU-Anhängern 57 und von den CDU-Anhängern 71 Prozent. 17 Prozent der Befragten sind der Auffassung, „Friedrich Merz wäre dazu besser in der Lage gewesen“.

Bundesbürger finden Merz' Interesse an Ministerposten „unangemessen“

Der Wahlverlierer Friedrich Merz hat den neuen CDU-Vorsitzenden dazu aufgefordert, ihm in der jetzigen Bundesregierung zum Amt des Wirtschaftsministers zu verhelfen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ mitteilen, in ihrem Kabinett seien keine personellen Veränderungen geplant. Das findet den Zuspruch von 70 Prozent der Bundesbürger - eine solche Amtsübernahme sei „unangemessen“. 19 Prozent fänden es richtig, wenn Merz noch vor der Bundestagswahl neuer Wirtschaftsminister würde.

Söder auch nach Laschets Wahl Favorit als Kanzlerkandidat

Auch nach der Wahl des neuen CDU-Vorsitzenden bleibt Markus Söder für 36 Prozent der Wahlberechtigten Favorit als gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien. 21 Prozent würden lieber Armin Laschet als Kanzlerkandidaten sehen, 10 Prozent Jens Spahn und 3 Prozent Friedrich Merz. 7 Prozent hätten lieber einen anderen Kandidaten, 23 Prozent können sich noch nicht entscheiden. Von den CDU-Anhängern plädieren 51 Prozent für Söder, von den CSU-Anhängern 69 Prozent. Für 25 Prozent der CDU- und 13 Prozent der CSU-Anhänger ist Laschet momentan der Favorit. Wenn in Deutschland eine Direktwahl des Kanzlers möglich wäre, würden sich bei einer Kandidatur Markus Söders 34 Prozent für ihn entscheiden, 16 Prozent für Olaf Scholz und 18 Prozent für Robert Habeck. 32 Prozent würden keinen der drei wählen. Wäre Armin Laschet der Unionskandidat, würden 25 Prozent ihn wählen und jeweils 18 Prozent Scholz oder Habeck. 39 Prozent würden sich für keinen der drei entscheiden.

CDU/CSU 35, Grüne 19, SPD 15, Linke 8, FDP 7 und AfD 9 Prozent

Bei der forsa-Befragung am Wochenende wurden auch die Parteipräferenzen der Wahlberechtigten erfragt. Das Ergebnis zeigt, dass die Wahl des neuen CDU-Chefs an den Wahlabsichten der Bundesbürger nichts geändert hat. Die Union kommt wie im RTL/ntv-Trendbarometer vom 11. bis 15. Januar auf 35 Prozent und bleibt mit Abstand stärkste politische Kraft. Die FDP hat sich am Wochenende um einen Prozentpunkt verbessert (auf 7%), die Grünen haben einen Prozentpunkt verloren (auf 19%). Bei allen anderen Parteien gab es keine Veränderung gegenüber dem Trendbarometer, so dass die SPD bei 15 Prozent bleibt, die Linke bei 8 und die AfD bei 9. Die sonstigen kleineren Parteien kommen weiterhin auf 7 Prozent.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#).

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart und Nina Bezold

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.